

«Organspende fördern – Leben retten» Kritische Betrachtung einer Volksinitiative

Name: Simon Büchel
Fach: Wirtschaft und Recht
Betreuungsperson: Simone Albrecht
Jahr der Abgabe: 2020



Kantonsschule Im Lee

Eine gesellschaftspolitische Arbeit

Es geht um die Organspendesituation in der Schweiz und um eine kritische Auseinandersetzung mit der Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten».

Ich wollte wissen, inwiefern solidarische Denkweisen einen Eingriff wie die Widerspruchsregelung rechtfertigen. Das entpuppte sich als eine ziemlich schwierige Frage.

Zu wenig Organspenden in der Schweiz

Die Schweiz liegt im europäischen Vergleich stark im Hintertreffen bezüglich Organspenden nach dem Tod. Um das zu ändern, fordert die Volksinitiative einen Wechsel von der expliziten Zustimmungsregelung zur Widerspruchsregelung. Im Zentrum der Arbeit sollte folglich die Frage stehen, was sich mit der Widerspruchsregelung aus recht-

licher Sicht ändert und welche ethischen Überlegungen dazu geklärt werden müssten.

Wissenschafts- und Quellenbezug

Die umstrittene Volksinitiative wurde oft in den Medien thematisiert und viele Fachpersonen schrieben Stellungnahmen dazu. Ich arbeitete zuerst die Internetquellen zum Thema auf und entwickelte meine Argumentation. Um sie zu stützen, aber auch um mich mit verschiedenen Perspektiven auseinandersetzen zu können, führte ich vier qualitative Interviews mit Experten aus den Fachgebieten Ethik, Politik und Transplantationsmedizin.

Herausforderung

Nicht ganz leicht war es, den unterschiedlichen Meinungen der Fachpersonen dasselbe Gewicht zu geben und ihre Aussagen in den Hauptteil ein-

zubinden. Eine weitere Schwierigkeit waren die ständigen Veränderungen in der Debatte um die Volksinitiative; so war ich gezwungen, flexibel zu sein und den Fokus meiner Arbeit immer wieder anzupassen. Andererseits halfen mir neue Umfragen oder Berichte und die Aktualität machte die Arbeit spannend und auch relevant.

Ergebnis

Ich bin zum Schluss gekommen, dass die gesetzlichen Veränderungen, welche die Annahme der Initiative mit sich brächte, nicht verfassungskonform wären. Genauer gesagt bedeutet die Widerspruchsregelung ein zwar erhöhtes, aber immer noch kleines Risiko, dass Organe gegen den Willen der Spender*innen entnommen werden. Jedoch bedeutet sie auch den Zwang, entscheiden zu müssen, ob man nach dem Tod Organe spenden möchte oder nicht. Wenn die Schweizer Bevölke-

rung aber die Anzahl postmortaler Organspenden erhöhen will, was dringend notwendig wäre, um mehr Leben zu retten, muss sie Solidarität über unsere Verfassung stellen und für die Einführung der Widerspruchsregelung stimmen.

Schlusswort

Es war eine tolle Erfahrung, einen Einblick in die Berufswelt der befragten Fachpersonen zu bekommen. Ich konnte mit ihnen am selben Problem arbeiten und mich mit einer hoch aktuellen Thematik auseinandersetzen. Was die Volksabstimmung anbelangt, falls es eine geben wird, habe ich zwar meinen ursprünglichen, intuitiven Standpunkt beibehalten. Doch anders als vor dem Schreiben der Arbeit kann ich eine Ablehnung der Widerspruchsregelung nun sehr viel besser nachvollziehen.

